

1. Änderung - vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BBauG

BEBAUUNGSPLAN Nr. 216 STADT HILDESHEIM

früher
Bebauungsplan Nr. 16

M 1:1000

"Jesuitenhof"

Für das Gebiet zwischen der Kreisstr. Nr. 2
- Untere Dorfstraße - Altenau und Feldweg
von der Schulstraße nach der Kreisstr. Nr. 2
der Gemeinde Himmelsthür

Zeichenerklärung

Festsetzungen des Bebauungsplanes,
Art und Maß der baulichen Nutzung

Bestandsangaben

- Wohngebäude
- Wirtschaftsgebäude
- Gräben
- Böschungen

Wohnbauflächen

- Allgemeine Wohngebiete
- ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG
- Baugrenze
- Firsttrichtung STELLUNG BAULICHER ANLAGEN
- Grenze des räumlichen Geltungs-
bereichs der 1. Änderung
- Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
- Zahl der Vollgeschosse zwingend
- Grundflächenzahl
- Geschäftflächenzahl
- offene Bauweise
- TU TALENTIG UNTERGESCHOSS ZULÄSSIG
- Kindergarten
- FLÄCHE FÜR VERSORGSANLAGEN
UMFORMERSTATION (BESTAND)

Verkehrsflächen

- Straßenverkehrsflächen
- Öffentliche Parkflächen
- Zufahrtsverbot
- Begrenzungslinie sonstiger
Verkehrsflächen STRASSENABGRENZUNGSLINIE

Grünflächen u.a. Nutzungsarten

- PARKANLAGE
- SPIELPLATZ
- FLÄCHEN FÜR GARAGEN
- Flächen für Stellplätze
- Wasserfläche

Folgende Festsetzungen gelten außerdem:
Die erforderlichen Garagen und Stellflächen sind,
soweit nicht schon im Plan ausgewiesen, auf den
Baugrundstücken nachzuweisen.
Sichtflächen (Sichtdreiecke) an Strasseneinmündungen und
Strassenkreuzungen sind freizuhalten von allen Anlagen
und Bepflanzungen von mehr als 80 cm Höhe über der zugehörigen
Fahrbahnoberkante.
Vorhandene Bäume und Strücker sind durch die Placierung
der baulichen Anlagen und im Zuge der Bauarbeiten, soweit
möglich, zu erhalten.
Auf den Freiflächen der Baugrundstücke und auf Nebenflächen
der Verkehrsflächen (Trennstreifen, Parkplätze u.a.)
sind, soweit es die Nutzung und die räumliche Situation zu-
lässt, Bäume und Strücker anzupflanzen und zu erhalten,
dabei sollte auf jedem Baugrundstück bzw. je 500 m Frei-
fläche, wenn nicht vorhanden, mindestens ein hochwertiger
einheimischer Laubbau angepflanzt und erhalten werden
(s. § 9 Abs. 1 Ziff. 15 und 16 BauG).
DIE ZUL. G. DARF BEI 1-GESCHOSSIGER BAUWEISE DEN IN § 17 ABS. 1 Bau NVO
AUFGEFÜHRTEN HÖCHSTWERT VON 0,5 NICHT ÜBERSCHREITEN
AUSNAHMEN NACH § 4 (3) Bau NVO SIND ZULÄSSIG

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 19. 1. 1965. Hildesheim, den 14. 3. 1985 Stadtvermessungsamt Wegener Vermessungsingenieur	Für die Aufstellung des Planentwurfs. Hildesheim, den 9. 12. 1976 Stadtplanungsamt Leitbaudirektor	Dem Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungs- plan hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Sitzung am 2. 6. 1976, 17. 18. zugestimmt. Hildesheim, den 14. 12. 1976 Stadtbaurektor	Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungs- plan hat gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Sitzung vom 23. 6. 1960 ab 15. 8. 1977 zu jedermanns Beachtlich ausliegen. Die Auslegung ist mit dem Hinweis auf die Möglichkeit der Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist be- kanntgemacht worden. Hildesheim, den 14. 12. 1976 Stadtbaurektor
Der Entwurf zu diesem Bebauungsplan wurde auf Grund der gem. § 2 (6) Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 vorgebrachten Anregungen und Bedenken ge- ändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sit- zung am 14. 12. 1976 zugestimmt. Hildesheim, den 14. 12. 1976 Stadtbaurektor	Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbau- gesetz vom 23. 6. 1960 u. § 9 (1) der Niedersäch- sischen Gemeindeordnung vom 4. 3. 1955 vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 14. 12. 1976 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 beigefügt. Hildesheim, den 14. 12. 1976 (L.S.) Bürgermeister Stadtdirektor	GENEHMIGT gem. § 14 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 (BGBB. I S. 341) nach Maßgabe möglicher Verfügung vom heutigen Tage. Hildesheim, den 14. 12. 1976 Der Regierungspräsident im Auftrage (L.S.)	Dieser Bebauungsplan mit Begründung liegt gemäß § 12 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 ab 15. 8. 1977 öffentlich aus. Die Genehmigung, Ort und Zeit der Auslegung sind gemäß § 12 Bundesbaugesetz am 15. 8. 1977 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekanntgemacht worden. Hildesheim, den 14. 12. 1976 Stadtbaurektor

BEBAUUNGSPLAN
1. Änd. Nr. 216 gemäß
§ 13 BBauG
STADT HILDESHEIM
FRÜHER Nr. 16 HIMMELSTHÜR